LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

12.10.2021
**Drucksache 8/257**

**öffentlich**

# Aktuelle Debatte
**–**

Fraktion AfD

**Datenskandal am Universitätsklinikum Magdeburg: Duldung von Linksextremen im Öffentlichen Dienst?**

Es wird beantragt, zur 3. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 14./15. Oktober 2021 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

**Begründung**

Im Zuge der Ermittlungen der Bundesanwaltschaft gegen ein linksextremes Terrorkommando in Leipzig wurde bekannt, dass eine Spur zu deren brutalen Überfällen auch nach Sachsen-Anhalt führt. Die 1970 geborene Ines F. war hier im Universitätsklinikum Magdeburg tätig. Als Mitarbeiterin im Geschäftsbereich Finanzen und Controlling war sie offenbar für das Versenden von Mahnschreiben zuständig und hatte somit Zugriff auf die Daten aller Einwohnermeldeämter in Deutschland. Ines F. missbrauchte ihren dienstlichen Melderegisterzugang zur Weitergabe privater Daten an gewalttätige Linksextreme.

Warum man Ines F. den Umgang mit derart sensiblen Inhalten anvertraute, ist rätselhaft - denn aus ihrer politischen Überzeugung machte Ines F. keinen Hehl: In ihrer Freizeit schrieb die Verdächtige für anarcho-feministische Blogs. Sie tritt wiederholt mit Veröffentlichungen extremistischen Inhalts namentlich in Erscheinung. Ausweislich der Angaben der Verfassungsschutzbehörde Sachsen-Anhalt für das Jahr 2020 ist die Linksextremistin amtsbekannt. Das Ausmaß der bekanntgewordenen Bedrohungslage ist besorgniserregend. Auf linken Internetportalen zirkulieren Sprengstoffpläne und werden Attentate unter anderem auf Politiker gefordert. Es steht zu befürchten, dass Verbindungen und Netzwerke linksextremer Gewalttäter bis in Stellen des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt bestehen.

(Ausgegeben am 13.10.2021)

Die Aktuelle Debatte soll Gelegenheit geben, Strategien der Landesregierung und den Umgang mit den Entwicklungen zu erörtern. Der Staat darf nicht wegsehen, wenn aus Landeseinrichtungen heraus Straftaten vorbereitet oder begünstigt werden. Einen nachsichtigen Umgang mit den Handlangern von Gewaltverbrechen darf es nicht geben.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender